

# Parlamentariererklärung zu Illegitimen Schulden und Gläubigermitverantwortung

## Hintergrund

Im Verlauf der internationalen Schuldenkrise seit 1980 wurden Kredite an Entwicklungsländer oft ohne Rücksicht auf demokratische Spielregeln und das Wohlergehen der Bevölkerung vergeben. In vielen Fällen dienten Kredite dazu, größeren politischen Einfluss zu gewinnen oder über die Förderung zweifelhafter Projekte, allein die wirtschaftlichen Interessen der Geberländer zu fördern. Geliehene Gelder wurden gestohlen oder in großem Stile veruntreut. Parlamente und die Öffentlichkeit wurden gar nicht oder nur marginal in Entscheidungsprozesse einbezogen. Solche Kredite waren nachteilig für die Entwicklung der Schuldnerländer, und die daraus resultierenden Schulden wurden „illegitime“ Schulden genannt. Deren Rückzahlung wird aber weiterhin von den Gläubigern gefordert.

Jede gescheiterte Kreditvergabe und jegliche Verletzung internationaler Vergabe-Standards impliziert ein Stück gemeinsamer Verantwortung beider Parteien, des Gläubigers wie des Schuldners. Bei der gegenwärtigen Praxis der Kreditvergabe werden jedoch alle Forderungen gegenüber souveränen Staaten als gültig angesehen. Die Verantwortung liegt daher allein auf Seiten des Schuldners, während der Gläubiger kein Risiko zu tragen hat.

Dies impliziert ein hohes Maß an Straflosigkeit für Gläubiger. Jene, die in illegale oder fragwürdige Kreditgeschäfte in der Vergangenheit verstrickt waren, mussten zumeist keine Konsequenzen befürchten. Skrupelloses Verhalten auf Seiten der Gläubiger wurde so ermutigt, da diese damit rechnen konnten, verliehene Gelder zurück zu erhalten. Das wiederum hat zur Aushöhlung verlässlicher Gläubiger-Schuldner-Beziehungen geführt. Noch bedrückender in diesem Zusammenhang ist, dass ein unverhältnismäßig hoher Anteil der Last allein von der Bevölkerung der verschuldeten Länder zu tragen ist.

Für die gegenwärtige Schuldenkrise ist auch die mangelnde Verantwortung der Gläubigerländer verantwortlich. Um immer neue Runden von unverantwortlicher Kreditvergabe und –aufnahme zu vermeiden, muss die gegenwärtige Praxis internationaler Kreditvergabe reformiert werden. Ausgangspunkt muss das Prinzip geteilter Verantwortung zwischen Gläubigern und Schuldnern sein.

Im Oktober 2006 hat die norwegische Regierung die Schulden von fünf Ländern erlassen, weil sie schwerwiegende Gläubigerversäumnisse und eine Mitverantwortung für die angehäuften Schulden anerkannt hat. Dies Beispiel zeigt, dass eine Anerkennung der eigenen Verantwortung auf Gläubigerseite möglich ist.

Wir sind dafür verantwortlich, dass sich jegliche Kreditvergabe an den Bedürfnissen der Bevölkerung der Schuldnerländer orientiert. Deshalb fordert diese Erklärung weitere konkrete Schritte, um die Legitimität bestehender Kreditvereinbarungen festzustellen und für die Zukunft Richtlinien der Gläubigermitverantwortung bei der Vergabe internationaler Kredite aufzustellen.

Demokratisch gewählte Abgeordnete sind für die Handlungsweise ihrer Regierungen als Gläubiger oder Schuldner mit verantwortlich. Unterzeichnen Sie bitte diese Parlamentariererklärung und senden sie diese per Fax an:

	Organisation	Email	Fax
	erlassjahr.de	<a href="mailto:buero@erlassjahr.de">buero@erlassjahr.de</a>	+49 211 4693 197
oder	EURODAD	<a href="mailto:Europe@debtdeclaration.org">Europe@debtdeclaration.org</a>	+32 279 19809

## **Parlamentariererklärung zur gemeinsamen Verantwortung bei der internationalen Kreditvergabe**

**Anerkennend, dass es in der Vergangenheit Missbrauch bei der internationalen Kreditvergabe gab;**

**Anerkennend, dass wir, als gewählte Vertreter des Volkes, das Recht und die Pflicht haben, die Kreditvergabe und die Kreditaufnahme unserer Länder genau zu prüfen,**

**verpflichten wir, die unterzeichnenden Parlamentarier/innen, uns:**

- die weitere Entwicklung eines Konzeptes Illegitimer Schulden im Zusammenhang mit grenzüberschreitender Kreditaufnahme von Staaten zu unterstützen, um einen internationalen Konsens zu erreichen;
- parlamentarische Überprüfungen bestehender Forderungen und bestehender Schulden in unseren eigenen Ländern in Angriff zu nehmen und zu unterstützen; zum einen, um zwischen gültigen und fragwürdigen Kreditgeschäften der Vergangenheit zu unterscheiden, und zum anderen, um verantwortliche Kreditgeschäfte in der Zukunft zu fördern;
- auf eine größere Verbindlichkeit des Konzepts illegitimer Schulden im internationalen Kontext hinzuwirken, insbesondere durch die Erarbeitung geeigneter Gesetzesinitiativen, Anträge und parlamentarischer Anfragen;
- Prinzipien der Gläubigermitverantwortung bei souveränen Kreditvereinbarungen zu unterstützen;
- eine deutlich ausgeweitete parlamentarische Beteiligung bei Kredit-Vertragsverfahren zu unterstützen, um eine umfassende Prüfung des Kreditzweckes und der Kreditbedingungen zu gewährleisten.

Unterschrift des/der Abgeordneten: (Name/**Parlament**/Fraktion)

Weitere Informationen unter: [www.debtdeclaration.org](http://www.debtdeclaration.org)